

zerstören«. (»Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften«, 28. Dezember 2001, L 344, S. 93)

Diese sehr weit gefasste Definition rechtfertigt jede Konterrevolution, weil sie willkürlich alle Kämpfe gegen die bestehende kapitalistische Ordnung und für soziale und nationale Befreiung als »Terrorismus« diffamiert und kriminalisiert. Offene Unterdrückung der revolutionären Arbeiter- und Volksbewegung setzt eine Manipulation der öffentlichen Meinung voraus, die den Staatsterror als legitimes Mittel »zur Rettung der Demokratie« erscheinen lässt. Tatsächlich soll aber nicht die »Demokratie« vor Terroristen, sondern die Diktatur der Monopole mit Staatsterror vor der revolutionären Arbeiter- und Volksbewegung »gerettet« werden.

Kommunismus als Wurzel des Terrorismus?

Da seit dem **Zusammenbruch der Sowjetunion** und der These vom »Ende der Geschichte« die bürgerlichen Ideologen den Kommunismus kaum noch als akute Bedrohung an die Wand malen können, modifizieren sie ihre antikommunistische Propaganda mit der demagogischen Gleichsetzung von revolutionärem Befreiungskampf und reaktionärem »Terrorismus«.

Am 25. Januar 2006 beschloss die Parlamentarische Versammlung des Europarats²⁹ mit 99 zu 42 Stimmen die Ausrichtung für eine **europaweit koordinierte antikommunistische Kampagne** als Beitrag zum »Kampf gegen den internationalen Terrorismus«. Die europäischen Regierungen sahen sich genötigt, gegen die Auffassung der Mehrheit der europäischen Bevölkerung vorzugehen, der Sozialismus sei eine gute

²⁹ Sie besteht aus 318 Abgeordneten, die von den nationalen Parlamenten der 47 Länder Europas bestimmt werden; sie ist nicht identisch mit dem Rat der EU.

Idee, wenn er auch bisher nur schlecht umgesetzt worden sei. In einer einführenden Anmerkung zur parlamentarischen Anhörung am 14. Dezember 2004 heißt es deshalb:

»Wenn wir dies nicht tun, könnte sich ein Gefühl der Nostalgie in den Köpfen der jüngeren Generationen als Alternative zur liberalen Demokratie festsetzen.« (Europarat, Dokument 10765, Anhang I)

Diese Kampagne sollte den Kapitalismus und seine bürgerliche Demokratie alternativlos erscheinen lassen und einen Damm gegen die marxistisch-leninistische Weltanschauung errichten. Die Entschließung des Europarats von 2006 »Die Notwendigkeit der internationalen Verurteilung von Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime« fußt wesentlich auf dem berüchtigten »Schwarzbuch des Kommunismus«, das Stéphane Courtois³⁰ 1997 herausgab. Es eignete sich bestens als ideologische Leitlinie der europaweiten Antikommunismus-Kampagne, weil dem Europarat nicht an sachlicher Auseinandersetzung mit kommunistischer Theorie und Praxis lag, sondern an **allgemeiner Dämonisierung des Kommunismus**. In der Resolution und den Erläuterungen heißt es:

»Die totalitären kommunistischen Regime ... waren ausnahmslos durch schwere Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet. ... Die Verbrechen wurden mit der Theorie des Klassenkampfes und dem Prinzip der Diktatur des Proletariats gerechtfertigt. ... Die kommunistische Ideologie hat im Rahmen ihrer Umsetzung überall ... zu massivem Terror, Verbrechen und umfangreichen Menschenrechtsverletzungen geführt.« (Europa-

³⁰ Der 1947 geborene Courtois war in der französischen Studentenbewegung 1968 aktiv und verstand sich Anfang der 1970er Jahre als »Maoist«, bevor er es vorzog, Karriere als gut bezahlter Kronzeuge des Antikommunismus zu machen. Er durfte sein Machwerk am 14. Dezember 2004 dem Europarat vorstellen.

rat, Entschließung 1481, Abschnitte 2, 3 und Dokument 10765, Erläuterungen, Abschnitt 45, 25. Januar 2006)

Mit diesem Dokument deklariert der Europarat den Sozialismus/Kommunismus in Theorie und Praxis zu einer Wurzel des »Terrorismus« – und erklärt den Antikommunismus und den Kampf gegen die proletarische Revolution zu einer hehren humanistischen Pflicht. Es ist eine Kampfansage an die internationale marxistisch-leninistische, revolutionäre und Arbeiterbewegung.

Totalitarismus-Theorie: demagogische Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus

Grundlage der Antikommunismus-Kampagne war die in der bürgerlichen Ideologie verbreitete Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus:

»Wenn man die Folgen der Umsetzung (der kommunistischen Ideologie – der Verf.) analysiert, sind die Ähnlichkeiten mit den Folgen der Umsetzung einer anderen Ideologie des 20. Jahrhunderts, des Nationalsozialismus, nicht zu übersehen.« (Europarat, Dokument 10765, Erläuterungen, Abschnitt 45)

Diese auch von fortschrittlichen bürgerlichen Geschichts- und Politikwissenschaftlern längst abgelehnte »Totalitarismus-Theorie« unterschlägt bewusst den prinzipiell konträren Klassencharakter von Kommunismus und Faschismus. Sie sucht aus scheinbaren Ähnlichkeiten in Erscheinungen eine Wesensgleichheit zu konstruieren, etwa die »Diktatur« (des Proletariats oder des Finanzkapitals) der »Demokratie« gegenüberzustellen (die angeblich keinen Klassencharakter hat). Dabei ist bei ernsthafter Befassung eindeutig zu erkennen, dass die Zielsetzung und Maßnahmen sozialistischer Staaten wie der Sowjetunion bis 1956 und der Volksrepublik China bis 1976 sich zu denen faschistischer Staaten geradezu wie Feuer und

Wasser verhalten: Im Sozialismus geht es um die Befreiung der Massen, im Faschismus um ihre offen terroristische Unterdrückung.

Die angeblichen »Ähnlichkeiten« von Kommunismus und Faschismus werden mit widerwärtigen Lügen, Halbwahrheiten und Verdrehungen konstruiert.

Der Hitler-Faschismus griff zu einer besonders heimtückischen Taktik, um in der aufgewühlten Stimmung der Weimarer Republik seine Massenbasis zu organisieren. Irreführend bezeichnete er seine Partei als »nationalsozialistisch«, um bei politisch rückständigen, kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten die allgemeine antikapitalistische Stimmung auszunutzen. In Wahrheit war die NSDAP nie sozialistisch, sondern immer strikt antikommunistisch. Erklärter Hauptfeind war der »Bolschewismus«, der gnadenlos ausgemerzt werden sollte.

Als ihr gesellschaftliches Ziel propagierte die NSDAP eine »Volksgemeinschaft«, in der kein Klassenkampf mehr stattfand – allerdings ohne dass das kapitalistische Ausbeutersystem auch nur im Geringsten angetastet wurde. Der Hitler-Faschismus bedeutete vor allem den Anspruch des deutschen Monopolkapitals auf imperialistische Beherrschung anderer Völker und dazu die Unterwerfung der revolutionären Arbeiterbewegung. Zehntausende kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter und Arbeiterführer wurden in den Folterkammern und Konzentrationslagern der Faschisten ermordet.

Auch den Überfall auf die sozialistische Sowjetunion 1941 rechtfertigten die Hitler-Faschisten als Feldzug zur »Vernichtung des Kommunismus«. Schon am 30. März 1941 schwor Hitler die versammelte militärische Führung auf den »Vernichtungskampf« gegen die Sowjetunion ein.

In den Folgejahren ergingen immer brutalere Befehle an die Truppen der Ostfront. Generalfeldmarschall Keitel befahl im

Dezember 1942 über den Kampf der Wehrmacht gegen sowjetische Partisanen:

»Wenn dieser Kampf nicht mit den allerbrutalsten Mitteln geführt wird, so reichen in absehbarer Zeit die verfügbaren Kräfte nicht mehr aus, um dieser Pest Herr zu werden. Die Truppe ist daher berechtigt und verpflichtet, ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt.« (Eickhoff/Pagels/Reschl, *»Der unvergessene Krieg«*, S. 40)

Insbesondere die sowjetischen Kommunisten, vor allem die politischen Kommissare, die für die weltanschauliche und politische Erziehungsarbeit in der Roten Armee verantwortlich waren, sollten rücksichtslos ausgerottet werden. So befahl das Oberkommando der Wehrmacht am 6. Juni 1941:

»In diesem Kampf ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. ... Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden (gemeint war unter anderem der Partisanenkrieg – der Verf.) sind die politischen Kommissare. Gegen diese muß daher sofort und ohne weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden. Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen.« (Katalog zur Ausstellung *»Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«*, S. 179)

Mehr als 20 Millionen Menschen aus der Sowjetunion verloren im II. Weltkrieg ihr Leben. Von den 5,16 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen wurden 473 000 offiziell exekutiert, knapp drei Millionen kamen auf dem Transport oder in den Lagern um. Die meisten verhungerten!

Es ist an Infamie nicht zu überbieten und ein Verbrechen an all diesen Opfern, wenn in antikommunistischer Geschichtsschreibung Faschismus und Kommunismus gleichgesetzt werden. Ebenso kommt es einer späten Rechtfertigung des

Faschismus gleich, wenn ihm auf diese Weise bescheinigt wird, er hätte im II. Weltkrieg ein ebenso »verbrecherisches Regime« bekämpft. Statt eine solche Rechtfertigung als Volksverhetzung unter Strafe zu stellen, erklärt der Europarat die unsägliche Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus zur weltanschaulichen Leitlinie der europäischen Staaten.

Die Antikommunismus-Kampagne des Europarats geht noch weiter. Sie übernimmt Courtois' Argumentation, dass die Kommunisten letztlich auch Verantwortung für die Opfer trügen, die bei imperialistischen Überfällen auf die Sowjetunion ihr Leben verloren. So die drei Millionen Sowjetmenschen, die sterben mussten, als sie nach der Oktoberrevolution ihr Vaterland gegen Konterrevolution und imperialistische Invasion verteidigten, ja sogar die 50 Millionen Toten des II. Weltkriegs – mit der haarsträubenden Begründung, dass der Faschismus und dann auch der II. Weltkrieg nur Reaktionen auf den Kommunismus gewesen wären. Courtois rechnet auch alle Feinde der sozialistischen Gesellschaft, die wegen antisowjetischer Agitation, Spionage und Sabotage berechtigt verurteilt und mit Lagerhaft oder mit dem Tod bestraft wurden, zu den Opfern des Kommunismus. Es geht hier keinesfalls darum, die Verurteilung Unschuldiger zu rechtfertigen. Diese waren aber keine »Opfer des Kommunismus«, sondern Opfer von schmutzigen Intrigen und reaktionärem Gebaren kleinbürgerlich entarteter Bürokraten mit dem Parteibuch in der Tasche, die selbst nichts sehnsüchtiger herbeisehnten als die Restauration des Kapitalismus.

Schlimmer lässt sich das Andenken der Menschen aus der Sowjetunion und aus dem antifaschistischen Widerstand nicht beschmutzen: Die Kommunisten werden für alle Opfer verantwortlich gemacht; die Volksmassen werden der Kriegstreiberei bezichtigt, weil sie um Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung kämpften, weil sie für den Sieg über den

Hitler-Faschismus ihr Leben einsetzten, weil sie unter Beweis stellten, dass die sozialistische Sowjetunion unter Führung Stalins dem imperialistischen Weltsystem überlegen war.

Selbst in der bürgerlichen wissenschaftlichen Literatur wird die Methode des »Schwarzbuchs des Kommunismus« als unseriös kritisiert. So schreibt Prof. Manfred Hildermeier von der Universität Göttingen:

»Jedenfalls kann es nicht angehen, Opfer – im Sinne von temporär Eingesperrten – mit Opfern im Sinne von tatsächlich Verstorbenen (Hunger, Krankheit, Erschöpfung als Ursache dabei eingeschlossen) gleichzusetzen. Von zwanzig Millionen Toten, die Courtois der Sowjetmacht anlastet, hat nicht einmal die größte Schätzung des letzten halben Jahrhunderts gesprochen. ... Die schiere Masse soll Eindruck erzeugen; ein Unrecht und Verbrechen jagt das andere. ... höchst Unterschiedliches miteinander verbinden, scheint entweder nicht zu stören oder gehört zur Methode.« (»Die Zeit« 24/1998)

Es war ein trauriger Höhepunkt der reaktionären, antikommunistischen Entwicklung der europäischen »Superdemokraten«, dass sie sich eines Geschichtsfälschers vom Schlage Courtois' bedienten. Allerdings ging diese antikommunistische Hetze auch einigen europäischen Ländern zu weit; ihre Vertreter stimmten gegen die Resolution.

Ziel der Kampagne waren insbesondere der sogenannte »Stalinismus« und »Maoismus«. Mit diesen Kampfbegriffen richtet der Europarat sein Feuer auf marxistisch-leninistische und revolutionäre Parteien, die an der Theorie des Klassenkampfes und an der Diktatur des Proletariats festhalten. Linksreformistischen und revisionistischen Kräften, die ihren Frieden mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gemacht haben, attestiert er dagegen wohlwollend, dass sie »Beiträge zur Verwirklichung der Demokratie leisten«. (EntschlieÙung 1481 des Europarats, 4. Abschnitt) Demagogisch werden die Verbre-

chen, die die Sowjetunion nach der Restauration des Kapitalismus und nach ihrer Entwicklung zum Sozialimperialismus in aller Welt beging – der Einmarsch in die ČSSR 1968, die Errichtung blutiger Militärdiktaturen in Afrika und Asien, der militärische Überfall auf Afghanistan 1979 – dem Kommunismus zugeschlagen und zugleich verharmlost:

»Die brutalsten Verbrechen der kommunistischen Regime ... dauerten in der Sowjetunion und in etwas abgeschwächter Form in anderen europäischen Ländern bis zum Tod Stalins an. Seit Mitte der 50er Jahre ging der Terror in den europäischen kommunistischen Ländern erheblich zurück«. (Erläuterungen zur Entschließung des Europarats, Dokument 10765, Abschnitte 40 und 41)

Seit 2006 ergoss sich eine trübe Flut pseudowissenschaftlicher historischer Fernsehfilme, Bücher und Presseartikel zum Thema »Stalinismus« und »Maoismus« über die Öffentlichkeit. In der Intensität des Einsatzes technischer und finanzieller Mittel übertraf diese Kampagne sogar die Verbreitung des Antikommunismus während des Kalten Kriegs.

Antikommunismus in der Industriegewerkschaft Metall

In besonderer Unterwürfigkeit machte sich im Februar 2010 die Mehrheit im Vorstand der IG Metall die Leitlinien dieser Kampagne zu eigen, als er den Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die MLPD verschärfte, um freie Hand für eine antikommunistische Säuberung in der Industriegewerkschaft zu bekommen. In der skandalösen Begründung dazu heißt es:

»Satzung und Programm der MLPD stehen im Widerspruch zu den demokratischen Prinzipien einer Einheitsgewerkschaft sowie der Satzung und dem Selbstverständnis der IG Metall. ... Die MLPD bekennt sich in Satzung und Programm zum Stalinismus, und sie bezeichnet die ›Große Proletarische Kultur-

revolution als höchste Form des Klassenkampfes im Sozialismus.« (Berthold Huber/Detlef Wetzels, Vorlage für die Sitzung des Bundesvorstands der IG Metall, 25. Januar 2010)

Dieser undemokratische Vorstoß steht im krassen Gegensatz zum Antrag des 21. ordentlichen IG-Metall-Gewerkschaftstags 2007, der den Vorstand mit der Abschaffung des spalterischen Unvereinbarkeitsbeschlusses beauftragte.

Die Vorstandsmehrheit der IG Metall übernimmt die anti-kommunistischen Kampfbegriffe, um mit der »Diktatur des Proletariats« die Herrschaft der Arbeiterklasse zu diffamieren, die Herrschaft der Mehrheit der Gesellschaft über die ehemals ausbeutende Minderheit. Damit maß er sich an, den Schwur auf die bürgerliche Demokratie, also die demokratisch verbrämte Alleinherrschaft des Monopolkapitals über die ganze Gesellschaft, zur Bedingung der Mitgliedschaft in der IG Metall zu erklären.

Mit dem neuen Unvereinbarkeitsbeschluss soll just in einer Zeit des allgemeinen Linkstrends und der wachsenden Offenheit der Massen für sozialistische Ideen der Kommunismus als gewerkschaftsfeindlich verleumdet werden. Das verletzt eklatant die Überparteilichkeit der Gewerkschaften.

Mit ihrer Vereinigung in Einheitsgewerkschaften zogen sozialdemokratische und kommunistische, parteilose und christliche Arbeiter in Deutschland nach dem II. Weltkrieg eine wesentliche Lehre aus der Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Hitler-Faschismus. Zu ihr hatte auch die damalige Spaltung in Richtungsgewerkschaften beigetragen.

Die Kampagne des Europarats konnte jedoch ebenso wenig wie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der IG Metall verhindern, dass sich Kritik am Kapitalismus massenhaft insbesondere unter Arbeitern ausbreitete; die Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative und die wachsende Anziehungskraft einer

sozialistischen Perspektive konnten nicht eingedämmt werden. So musste der damalige Bundestagspräsident Lammert in einem Interview mit der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« vom 23. März 2008 einräumen:

»Ich sehe, dass sich zunehmend mehr Menschen von Personal und Institutionen in Wirtschaft und Staat distanzieren. Die große Gefahr dabei ist, dass nicht nur einzelne Wirtschaftsführer oder Politiker ihre Glaubwürdigkeit verspielen, sondern das ganze System letztlich keine Akzeptanz mehr findet. ... Der Traum von den sozialistischen Idealen spiegelt ein ganz tief verwurzeltes Gerechtigkeitsbedürfnis.«

Im März 2010 organisierte das Emnid-Institut eine Umfrage zum Sozialismus. Dabei äußerten 72 Prozent der repräsentativ befragten Westdeutschen und 80 Prozent der Ostdeutschen, dass sie für sich Gründe sehen, in einem sozialistischen Staat zu leben, vor allem, »solange für Arbeitsplätze, Solidarität und Sicherheit gesorgt« sei. Der Linkstrend unter den Massen erwies sich als stärker als die international koordinierte antikommunistische Verleumdungskampagne. Dennoch bleibt es der weltanschauliche Kern des Kampfs um die Denkweise der Massen, dass sie mit dem modernen Antikommunismus fertig werden. Erst dann werden sie sich massenhaft den Marxisten-Leninisten und dem Kampf für den Sozialismus zuwenden.

8. Grenzüberschreitende Koordinierung der staatlichen Gewaltapparate

Das imperialistische Streben nach Vorherrschaft bleibt das entscheidende Hindernis einer dauerhaft gemeinsamen Strategie und Taktik zur Verteidigung des imperialistischen Weltsystems. Diese grundlegende Schwäche wird dem Imperia-